

Klimawandel Klimapolitik
Primärenergie Schlagschatten
Tiersterben Vogelschlag
Infraschall Energielüge
Schlafstörung
Kohleausstieg
Windkraft
Nachtrub
Gesund
Bürgerk
Recycling
Flaute
sozialer Frieden
Zukunft
Verarmung
Windpark
Rückbauverpflichtung
Subvention
Speicher
Abzocke
Kopfschmerz
Abstandsregelung
Disco-Effekt
Versorgungssicherheit
Tiersterben
Schlagschatten
Trinkwasserschutz
Schlagschatten

Hessenwahl 2018

Zusammenstellung

Energiepolitik

Stand Aug./Sept. 2018

ENERGIEWENDE

AM ENDE?



ZUKUNFT JETZT MACHEN

Sozialdemokratisches Regierungsprogramm für Hessen 2019–2024

Beschluss des außerordentlichen Landesparteitags
am 9. Juni 2018 in Wiesbaden

... mit neuer Energie

Hessen soll zum Vorreiter der Energiewende werden. Wir wollen den technologischen und wirtschaftlichen Wandel mit Schwerpunkt auf bezahlbare Energie und auf die Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze prägen. Allein in Hessen arbeiten 24.000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist es, dass der Bedarf an Strom und Wärme bis 2050 zu 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine SPD-geführte Landesregierung gemeinsame Strategien für Strom, Wärme und Verkehr entwickeln. Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren beschleunigen, Hürden in der Planung beseitigen und neue Flächen ermöglichen.

1. Wertschöpfung durch Energiewende vor Ort

Dabei werden wir den **dezentralen Ausbau fördern**, Kommunen, Stadtwerke und Bürgergenossenschaften unterstützen. Die Akzeptanz wird steigen, wenn die Energiewende demokratisiert wird und die örtlich Betroffenen an Entscheidungen und Gewinnen beteiligt werden. Uns geht es bei der Energiewende immer auch um die Schaffung von Wertschöpfung, die in den Regionen verbleibt. Gleichzeitig wollen wir durch zügige Fortschritte in der Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Unternehmen erhöhen. Schon jetzt ist Strom aus erneuerbaren Energien günstiger als Atomstrom. Die Kosten für die Erzeugung von Strom aus Kohle, Öl, Gas und Uran werden in Zukunft weiter steigen, während die Produktionskosten für erneuerbare Energien weiter sinken werden. Deswegen ist eine hessische Energiewende auch ein wichtiger Eckpfeiler für den Wirtschaftsstandort Hessen.

Wir setzen uns u. a. für einen dezentralen Ausbau erneuerbarer Energien ein, weil der Ausbau der Übertragungsnetze („Stromautobahnen“) verringert werden kann,

wenn Erzeugung und Verbrauch möglichst nah beieinander liegen. Die notwendige regelmäßige Ertüchtigung der Übertragungsnetze und notwendige Lückenschlüsse haben wenig mit der Energiewende, sondern mehr mit den allgemeinen technischen Voraussetzungen eines funktionierenden Stromsystems zu tun. Wir werden die **Ver-
teilnetzbetreiber** (regionale Netzbetreiber, häufig Stadtwerke) in Hessen bei der Ertüchtigung ihrer Netze für die Anforderungen der Aufnahme und Verteilung von Strom aus erneuerbaren Energien und bei der Entwicklung von Flexibilitätsangeboten unterstützen.

2. Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich zusammen denken

Die Umsetzung der Energiewende in Hessen steht vor der nächsten großen Herausforderung. Bisher lag der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion auf dem Stromsektor. Wärme- und Verkehrsbereich spielten leider nur eine untergeordnete Rolle. Wir wollen der Energiewende in Hessen neuen Schub verleihen und einen integrierten Ansatz, Sektorenkopplung und Konvergenz der Energiemärkte in den Mittelpunkt stellen. **Die drei Bereiche der erneuerbaren Energien dürfen nicht mehr getrennt betrachtet, sondern müssen integriert weiterentwickelt werden.** Mit dem Fraunhofer-Institut für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) – welches mit Landes- und Bundesmitteln gerade einen Neubau in Kassel erhält – und weiteren Einrichtungen haben wir in Hessen die richtigen Einrichtungen, um einer dezentralen und Erneuerbaren-Energieerzeugung neuen Schwung zu verleihen. Auch werden wir dafür sorgen, dass die Energieforschung an den staatlichen Hochschulen in Hessen einen hohen Stellenwert einnimmt.

Beim Neubau von Wohnungen wollen wir für einen kostensenkenden Einsatz von erneuerbaren Energien und für die Verknüpfung von Strom- und Wärmebereich sorgen.

3. Vielfalt erneuerbarer Energien ausschöpfen

Um die **Vollversorgung mit erneuerbaren Energien** zu erreichen, setzen wir auf einen Mix aller ihrer Erzeugungsarten. Dezentrale Gaskraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme (Kraft-Wärme-Kopplung, KWK) produzieren, sind bis dahin eine sinnvolle Brückentechnologie, weil sie später mit aus erneuerbaren Energien hergestelltem Gas aus Überschüssen von Solar- und Windkraft betrieben werden können („Power-to-Gas“) und die bestehende Gasnetzinfrastruktur dafür genutzt werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass Power-to-Gas-Anlagen, die der Zwischenspeicherung erneuerbarer Energie dienen, von Letztverbraucherabgaben befreit werden.

Die Vielfalt erneuerbarer Energien und die Verknüpfung von Strom- und Wärmenetzen und dem Verkehrssektor ermöglicht die Flexibilität, die wir bei einem immer größeren Anteil erneuerbarer Energien in der Energieversorgung brauchen. **Windenergie an Land** und **Solarstrom** sind durch den seit dem Jahr 2000 beschleunigten Ausbau in Deutschland inzwischen die günstigsten Stromerzeugungsarten. Nur mit ihrem dynamischen Ausbau kann die Energiewende gelingen. Sie werden die Hauptsäulen der künftigen Energieversorgung sein.

4. Windenergie in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausbauen

Die schwarze-grüne Landesregierung tut nicht genug, um den Ausbau der Windkraft an sinnvollen Standorten zu ermöglichen. Die windstärksten Flächen in Hessen sind weitgehend Windausschlussgebiet, obwohl viele der dortigen Städte und Gemeinden Windenergie wollen, weil sie Wertschöpfung in strukturschwache ländliche Räume bringt. **Wir stehen zum Ziel des Energiegipfels, 2 % der Landesfläche für den Ausbau der Windenergie an Land bereitzustellen.** Dieses Ziel darf nicht zum Papiertiger verkommen. Wir werden daher einen jährlichen Energiewende-Bericht einführen, der den Zubau der Erneuerbaren ermittelt und nach klaren Kriterien den Bedarf für politisches Nachsteuern aufzeigt. Um nachsteuern zu können, wird die Hessen-SPD mit einem neuen Landesentwicklungsplan dafür sorgen, dass windstarke Standorte dann genutzt werden können, wenn die betroffenen Kommunen dies wollen. Die dirigistische Landes- und Regionalplanung ist zu unflexibel. Wir werden mehr auf kommunale Selbstbestimmung setzen, weil so am besten Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement ermöglicht werden. **Die besten Windräder sind die in den Händen von Kommunen, Stadtwerken, Bürgerenergiegenossenschaften, Energieversorgern und Mittelständlern vor Ort,** weil die Wertschöpfung in der Region bleibt. Dies zu organisieren, geht nicht durch Pläne von oben, die Gemeinden, Bürgern und Wirtschaft strikt vorgeben, wo gebaut werden darf und wo nicht.

Im neuen Landesentwicklungsplan bleiben wir für neue Standorte bei **klaren Mindestabständen zur Wohnbebauung**, die mit 1.000 Metern über gesetzlich geforderte Abstände nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz hinausgehen.

Die Energiewende in Hessen funktioniert nur mit Windkraft im Wald, weil die windstarken Kuppen in Hessen überwiegend bewaldet sind. 42 % der Fläche Hessens sind Wald. Dabei reicht die Fläche im Wirtschaftswald völlig aus; die wenigen naturnahen Wälder in Hessen sollen nicht für Windkraft genutzt werden. Wir werden bei der Verpachtung von Windvorrangflächen im HessenForst endlich im Gegensatz zu Schwarz-Grün die Voraussetzungen schaffen, um Kommunen, Stadtwerken und Energiegenossenschaften bessere Chancen zu verschaffen, Windparks im Wirtschaftswald zu betreiben. Dabei sind die benachbarten Kommunen von Windkraftanlagen auf Flächen von HessenForst nach rheinland-pfälzischem Vorbild an den Pachteinahmen zu beteiligen. Auch dies hat Schwarz-Grün in den letzten Jahren blockiert. Wenn Windenergie durch das EEG immer preiswerter werden soll, können allerdings auch die Pachterlöse von HessenForst nicht immer weiter in den Himmel wachsen. Damit hessische Windenergieprojekte in bundesweiten Ausschreibungsverfahren überhaupt eine Chance haben, muss HessenForst bei den Pachtentgelten Maß halten.

5. Potenziale der Solarenergie nutzen

Auch die Nutzung der Solarenergie liegt in Hessen weiter unter ihren Möglichkeiten. Bei den geeigneten Dachflächen in Hessen, die für Fotovoltaik (Sonnenlicht zu Strom) oder für Solarwärme (Sonnenlicht zu Wärme) genutzt werden können, gibt es noch erhebliches Potenzial, insbesondere auf Industriegebäuden. Wir wollen diesen Anteil in den nächsten fünf Jahren verdoppeln. Dafür werden wir gesetzliche Überregulation abbauen, um bessere Möglichkeiten für die Nutzung der Solarenergie zu schaffen. Dabei legen wir besonderen Wert auf **Mieterstrom-Modelle, die es**

Mietern ermöglichen, an den gesunkenen Preisen für Solarstrom teilzuhaben. Wir wollen auch den Ausbau der Solarenergie an Schallschutzwänden und -wällen sowie auf Freiflächen, insbesondere auf Konversionsflächen und bereits vorbelasteten Flächen entlang von Autobahnen und Bahngleisen, weiter vorantreiben. Solarenergie gehört überall dort hin, wo ein sinnvoller Doppelnutzen gestiftet werden kann.

6. Wasserkraft weiter ausbauen

Die **Wasserkraft** ist wichtig für die Energiewende. Die schwarz-grüne Landesregierung hat mit dem sogenannten Mindestwasser-Erlass die Axt an die Wasserkraft gelegt. Die Landesregierung wird mit der Umsetzung dieses Erlasses erneuerbaren Strom in der Größenordnung des Haushaltsstromverbrauchs von Städten wie Marburg oder Gießen vom Netz nehmen. Statt die Wasserkraft unter einen Anteil von 3 % zu drücken, wollen wir die **Rahmenbedingungen für Erhalt und naturverträglichen Ausbau der Wasserkraft auf über 5 % des Stromverbrauchs in Hessen schaffen.** Dazu werden wir in einem ersten Schritt den Vollzug des Mindestwasser-Erlasses stoppen und unter Einbeziehung aller Gewässernutzer eine neue Richtlinie erarbeiten. In einem zweiten Schritt werden wir dabei helfen, dass bestehende Wehre wieder für die Wasserkraft genutzt werden können. Für bestehende Wasserkraftwerke schaffen wir ein investitionsfreundliches Klima, um Leistungssteigerungen zu ermöglichen. Dabei achten wir auf den Interessenausgleich zwischen Naturschutz, Fischerei und der Nutzung von Wasserkraft und fördern dafür neue technologische Möglichkeiten.

7. Biomasse

Die Nutzung der Biomasse zur Strom- und Wärmegewinnung hat auch in Hessen noch erhebliches Entwicklungspotenzial. Wir wollen **keinen weiteren Ausbau von Monokulturen.** Stattdessen ist eine verstärkte energetische Nutzung von Grünschnitt, Bioabfall und Gülle unser Ziel.

8. Kosteneinsparungen durch mehr Energieeffizienz

Zur Erreichung nachhaltiger und emissionsfreier Energieversorgung in Hessen ist die Steigerung der Energieeffizienz eine wichtige Säule. **Wir werden uns für die Steigerung der Energieeffizienz in hessischen Unternehmen, öffentlichen Gebäuden und privaten Haushalten einsetzen.** Dabei wollen wir es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich an der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude finanziell zu beteiligen. Dies hilft insbesondere den Kommunen bei der Finanzierung der energetischen Sanierung, steigert die Aufenthaltsqualität, macht unsere Gebäude klimafreundlicher und ermöglicht eine niedrigschwellige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den finanziellen Vorteilen der Energiewende.

9. Kommunale Energiewende voranbringen

Kommunen und Stadtwerke sind wesentlich Akteure der bürgernahen dezentralen Energiewende. Wir sehen die dezentrale Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Wir wollen den Kommunen durch die Wiederherstellung der ihnen im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltung die Möglichkeit geben, die **Chancen der Energiewende für lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze** zu nutzen und als Energieerzeuger tätig zu werden. Wir werden dazu die rechtlichen Möglichkeiten der Kommunen zur Eigeninitiative im Energiebereich durch eine Reform der Hessischen Gemeindeordnung und der Hessischen Bauordnung verbessern.

10. Energie- und Verkehrswende verknüpfen – Automobilwirtschaft stärken

Bei der Verkehrswende hin zu klimaverträglicheren Antriebsformen steht für die großen Automobilkonzerne mit Produktionsstandorten in Hessen der größte Transformationsprozess ihrer Geschichte ins Haus. Es wird einen Strukturwandel in der Automobilproduktion geben.

Die aktuelle schwarz-grüne Landesregierung hat die Herausforderung, die dieser Veränderungsprozess für die mehr als 50.000 Beschäftigten in der hessischen Automobilwirtschaft und der Zulieferindustrie mit sich bringt, vernachlässigt und Chancen, z. B. des Hybridantriebs, verschlafen. Für die hessische SPD ist klar: Diese Herausforderung kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten in den Automobil- und Zulieferbetrieben gelingen. **Eine SPD-geführte hessische Landesregierung wird im Tri-
alog zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Regierung die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass dieser Strukturwandel positive Effekte für Arbeitende und Unternehmen entfaltet.** Für eine Übergangszeit brauchen wir modernste, effiziente und saubere Diesel- und Ottomotoren, auch als Hybridmotoren. Gleichzeitig müssen wir schon heute bei Antriebstechniken wie der Elektromobilität, der Brennstoffzelle oder dem Gasantrieb nachlegen, damit wir auch in Zukunft Mobilitätsland Nummer eins bleiben. Eine zu frühe Vorfestlegung auf eine dieser Antriebsformen ist nach unserer Überzeugung falsch.

Wir wollen, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung am Automobilstandort Hessen bestehen bleiben. Durch den Einsatz des E-Motors in den Städten kann der Anteil der Luftschadstoffe dort zügig gesenkt werden. Durch Gerichtsverfahren drohende Fahrverbote wollen wir verhindern. Fahrverbote treffen einkommensschwache Bürger und kleine Handwerksbetriebe am härtesten. Deshalb setzen wir auf Innovation statt auf Verbote, die einer Enteignung von Fahrzeugen gleichkommen.

Auch im öffentlichen Personenverkehr und im Lastverkehr kommen zunehmend erneuerbare Energien und alternative Antriebsarten zur Anwendung. Es gibt inzwischen Züge, die mit Wasserstoff betrieben werden, und Lastwagen, die Teilstrecken mit Strom fahren können. Den **Einsatz solcher innovativen Techniken in Hessen wollen wir fördern.**

Gemeinsam für ein soziales, ökologisches, friedliches und buntes Hessen

DIE LINKE. Hessen, Beschluss des außerordentlichen Landesparteitags in Gießen, 10. März 2018

- die vollständige Entschädigung der Anwohnerinnen und Anwohner dort, wo es nicht leiser werden kann; der Flughafenbetreiber muss sämtliche Kosten tragen, die Kostenübernahme darf nicht verjähren;
- eine Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet mit der Zielsetzung, Umweltverträglichkeitsprüfungen von regionalen Planungsprozessen zu qualifizieren und eine monetäre Bewertung von Folgekosten für Menschen und Umwelt vorzunehmen (externe Kosten);
- unverzüglich eine wissenschaftlich fundierte und qualifizierte Untersuchung der Auswirkungen von Schadstoff- und Feinstaubemissionen des Flugverkehrs auf die Gesundheit der Bevölkerung in den Anliegergemeinden des Frankfurter Flughafens;
- Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden;
- Lärminderung und Emissionsminderung müssen vor Profitinteressen stehen;
- eine umweltökonomische Gesamtbilanz der gesellschaftlichen Kosten und Nutzen des Flughafens;
- ein Ende der immer weiteren Verluste durch den Regionalflughafen Kassel-Calden. Das Geld muss in nachhaltige Projekte in der Region investiert werden. Da er als Regionalflughafen nicht gebraucht wird, soll Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz zurückgestuft werden.

Und auf Bundesebene:

- die Nachtruhe muss geschützt werden: keine Aufweichung des § 29b Luftverkehrsgesetz;
- Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs, Einführung einer angemessenen Kerosinsteuer, Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel;
- Einführung der Umsatzsteuer auf internationale Flugtickets;
- Reduzierung der Lärmgrenzwerte im Fluglärmschutzgesetz auf 53 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts bei maximal 0,5 fluglärmbedingten Aufwachreaktionen;
- militärische Flugplätze sind beim Lärmschutz den zivilen gleichzustellen.

9. Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten

Eine klimaschonende, Arbeitsplätze schaffende und gleichzeitig bezahlbare Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. DIE LINKE setzt sich daher für einen sozial-ökologischen Umbau ein. Dieser Umbau muss dazu beitragen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Auch Energie aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen, muss den Grundsätzen der Ressourcenschonung und der Reduzierung von Energieverbrauch folgen. DIE LINKE setzt sich für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein. Die Energiewende und der Klimaschutz sind keine Fragen des technisch Machbaren, sondern des politischen Willens.

Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, zu denen sich Deutschland international verpflichtet hat, muss der Kohlendioxidausstoß pro erzeugter Kilowattstunde drastisch verringert werden. Dies kann nur durch eine Stromproduktion mittels erneuerbarer Energien gelingen. Auf Landes- wie auf Bundesebene torpedieren CDU und SPD wichtige Projekte wie den Ausbau der Windkraft oder das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Hessen bleibt beim Ausbau der erneuerbaren Energien zurück und belegt aktuell nur Platz 14 im Vergleich mit den anderen Bundesländern.

DIE LINKE will:

- **Energiewende zügig umsetzen**

Für den Klimaschutz und für dauerhaft bezahlbare Energiepreise muss der Anteil fossiler Brennstoffe am Energieverbrauch drastisch gesenkt werden. Eine hundertprozentige Stromversorgung Hessens durch erneuerbare Energien ist möglich. Bis 2040 ist dies auch für den Verkehr und den Wärmebedarf zu schaffen. Für Hessen liegen die Schwerpunkte bei der Nutzung von Wind- und Solarenergie, Wasserkraft und Biomasse aus Abfällen. Eine großräumige Vernetzung der verschiedenen regenerativen Energiequellen gleicht die Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne aus, garantiert eine hohe Versorgungssicherheit sowie niedrige Preise und schafft gleichzeitig neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Ausschreibungspflicht für kleine Investitionsvorhaben in Erneuerbare-Energie-Projekte muss eingeschränkt werden, in dem die Bagatellgrenzen deutlich angehoben werden. Kommunale Projekte sollen von Hessenforst durch pachtfreie Bereitstellung öffentlicher Flächen unterstützt werden. Die hessische Bauordnung ist dahingehend zu überarbeiten, dass so genannte Solarsatzungen wieder möglich werden. Die Dächer von öffentlichen Gebäuden sollen für Solaranlagen genutzt werden.

- **Kohleausstieg in Hessen - wir müssen nicht auf den Bund warten**

Hessen kann beim Ausstieg aus der Kohleverstromung vorangehen. Erste Maßnahme wäre die endgültige und vollständige Stilllegung des Kohlekraftwerks Staudinger. Danach müssen bis 2025 alle weiteren Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die Konzerne müssen frühzeitig eine Neuausrichtung der Unternehmen einleiten und die Beschäftigten sozial abgesichert werden. Ein planmäßiger Ausstieg ist auch deshalb notwendig, damit durch weitere gezielte Investitionen in erneuerbare Energien neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

- **Energiewirtschaft demokratisieren – dezentralisieren – kommunalisieren**

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig der Einstieg in eine stärkere Dezentralisierung der Energieversorgung. DIE LINKE steht für die Überführung der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum und sieht die hessischen Gemeinden als wichtige Akteure der Energiepolitik an. Ihre Möglichkeiten, eine aktive Rolle beim Aufbau erneuerbarer Energieerzeugung zu spielen, wollen wir stärken. Dazu wollen wir ihr volles Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung wieder in der hessischen Gemeindeordnung verankern. Privatisierte Stadtwerke müssen wieder in den Besitz der Gemeinden überführt werden. Genossenschaftliche Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien wollen wir fördern und unterstützen. Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss den Kommunen und Menschen vor Ort zugutekommen, sie müssen an den Einnahmen aus Windparks beteiligt werden.

- **Entscheidungsprozesse demokratisieren – Bürgerbeteiligung**

Mit der Energiewende sind weitreichende Veränderungen im Energie- und Planungsrecht, der Landnutzung, aber auch im Alltag der Menschen verbunden. Auch hier heißt es, auf allen Ebenen mehr Demokratie wagen. Damit kann auch die lokale Akzeptanz für den Ausbau von Anlagen und Netzen verbessert werden.

- **Energiepreise deckeln**

Die Kosten der Energiewende müssen sozial gerecht verteilt werden. In den letzten Jahren sind die Energiekosten für private Haushalte erheblich gestiegen. Um diese Entwicklung zu stoppen, fordert DIE LINKE die Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle.

- **Stromabschaltungen verhindern**
DIE LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur bei den Grundversorgern ein. Ein Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird ein sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Erst bei höherem Stromverbrauch wird mit Kosten entsprechend dem Verbrauch belastet. Bis zur Durchsetzung dieser Reform können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden. Stromabschaltungen müssen der Vergangenheit angehören. Der Zugang zu Energie ist ein Grundrecht!
- **Energieberatung**
Flächendeckende kostenlose Energieberatung soll für alle Privathaushalte angeboten werden. Für Haushalte mit niedrigen Einkommen sind ausreichende Hilfen für die Anschaffung energiesparender Haushaltgeräte und Heizungen erforderlich.
- **Energiegenossenschaften unterstützen und fördern**
In Hessen haben sich in einigen Kommunen Energiedörfer und Energiegenossenschaften gebildet, in denen Bürger gemeinsam für eine dezentrale Versorgung mit erneuerbarer Energie aktiv werden. Diese Initiativen gilt es zu unterstützen und zu fördern, um weitere solche Projekte in ganz Hessen anzuregen. Neben Windkraft ist die Installation von Solaranlagen auch auf privaten Flächen sowie auf Dächern privater Gebäude und Eigenheime zu fördern und durch zinslose Kredite finanziell zu unterstützen.
- **Energetische Sanierung voranbringen**
Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes birgt ein großes Potential zur Einsparung von Energie. Die Landesregierung will die energetische Sanierungsquote von derzeit 0,75 Prozent auf 2-3 Prozent aller Gebäude in Hessen jährlich erhöhen, stellt aber keine Mittel dafür bereit. Das wollen wir ändern. Nach der energetischen Sanierung darf die Mieterhöhung nicht höher sein, als die Mieterinnen und Mieter an Heizkosten sparen. Außerdem sind schwer entflammbare Dämmstoffe zu verwenden.
- **Fracking verbieten**
Wir fordern ein bundesweites Verbot von Fracking. Der Schutz von Grund- und Oberflächengewässern hat oberste Priorität. Fracking ist mit großen, zum Teil unkalkulierbaren Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt, vor allem für das Trinkwasser, verbunden.
- **Rückbau des AKW Biblis**
Der Schutz der Bevölkerung muss beim Rückbau des Atomkraftwerks in Biblis an erster Stelle stehen. Insbesondere das als „Freimessen“ bezeichnete Verfahren, weiterhin radioaktive Abrissteile als unbedenklich zu erklären und auf Deponien zu lagern oder sogar wieder zu verwerten, lehnen wir ab. Solange es keine Endlager gibt, muss das hochradioaktive Material im Zwischenlager in Biblis verbleiben und so sicher wie möglich gelagert werden. In Hanau lehnen wir ein weiteres Zwischenlager für radioaktive Abfälle ab.
- **Für Energieeinsparung**
Am preiswertesten und klimafreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die erst gar nicht bereitgestellt werden muss. Strom und Heizenergie müssen eingespart werden. Dazu sind staatliche Fördermaßnahmen, aber auch gesetzliche Vorgaben für Einsparung und die Senkung des Materialaufwands sowie die Erhöhung der Lebensdauer von Produkten notwendig.



DAS GRÜNE REGIERUNGS- PROGRAMM 2019 BIS 2024

Dieses Landtagswahlprogramm wurde auf der Landesmitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN HESSEN am 2. Juni 2018 in Wiesbaden beschlossen.

Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611 989 20 10
E-Mail: landesverband@gruene-hessen.de
Internet: www.gruene-hessen.de

Vi.S.d.P.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen
Jutta Reithofer
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden

Layout und Satz:

Timo Meyer
August 2018

Eine gesunde und lebenswerte Umwelt durch eine ganzheitliche Klimaschutz- und Umweltpolitik

Die drängendsten Probleme unserer Zeit sind die zunehmende Freisetzung von Treibhausgasen, die den Klimawandel anheizen, der Verlust an biologischer Vielfalt und die Belastung des Bodens, des Wassers und der Luft mit Schadstoffen aus Landwirtschaft, Industrie, Haushalt und Verkehr. Diese Probleme bedrohen nicht nur unsere Gesundheit, sondern auch unsere Umwelt als Lebensgrundlage. Wir wollen, dass eine lebenswerte Umwelt, ein intaktes Klima, natürliches Essen, ein nachhaltiger Umgang mit unseren Ressourcen und unberührte Natur mit ihrer Vielfalt von Tieren und Pflanzen Wirklichkeit werden. Denn wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.

Nach Jahren des Stillstands, ja sogar des Rückschritts, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 2014 durch die Regierungsbeteiligung die Richtung geändert und endlich wieder eine Umwelt- und Klimaschutzpolitik gemacht, die diesen Namen verdient. Hessen hat endlich verbindliche Klimaschutzziele. Mit dem Klimaschutzplan 2025 und seinen konkreten Maßnahmen ist die erste Etappe auf dem Weg zu einem klimaneutralen Hessen 2050 angegangen. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ist Hessen vom traurigen Schlusslicht aller Bundesländer in das Mittelfeld vorgerückt. Bundesweit an der Spitze steht Hessen beim Ökolandbau. Und noch 2018 werden wir den gesamten Staatswald auf eine nach wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen FSC-Standards zertifizierte, nachhaltige Forstwirtschaft umgestellt haben. An vielen Beispielen haben wir gezeigt, wie wir Ökologie und Ökonomie erfolgreich vereinen können. Für die Reform der Hessischen Verfassung haben wir vorgeschlagen, das Prinzip von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit aufzunehmen.

Die Richtung der Politik stimmt wieder in Hessen. Wir haben aber noch viel mehr vor, denn natürlich sind wir noch nicht am Ziel. Deshalb halten wir Kurs, arbeiten hartnäckig an dem Erreichten weiter und nehmen Tempo auf.

Eine verantwortungsvolle Klimaschutz- und Energiepolitik

Klimaschutzpolitik kann nur dann wirken, wenn sie alle klimarelevanten Bereiche in den Blick nimmt. Dazu gehört eine ganzheitliche Energiewende, die nicht nur den Strom, sondern auch die Wärme und den Verkehr (siehe Kapitel Mobilität) einbezieht. Zur Klimaschutzpolitik gehören aber auch die Agrarwende, ein sorgsamer Umgang mit dem Boden als größtem Kohlenstoffspeicher und die verstärkte Verwendung von Holz als Baustoff zur langfristigen Kohlenstoffbindung. Der Hessische Klimaschutzplan 2025 bietet dafür eine wichtige Grundlage. Er sieht für all diese Bereiche 140 konkrete Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung vor und ist mit 140 Millionen Euro für die prioritären Maßnahmen in den nächsten zwei Jahren finanziell unterfüttert.

Wir sehen uns den Zielen und Vereinbarungen des Weltklimavertrags von Paris verpflichtet. Wir wollen in Hessen das Unsrige dazu beitragen, diese Ziele zu erreichen. Die Zeit läuft uns davon. Im Gegensatz zur Bundesregierung wollen wir auch unsere Zwischenziele einhalten, nur so können wir der ehemaligen Vorbildrolle Deutschlands beim Klimaschutz wieder gerecht werden. Dafür wollen wir die Treibhausgase in Hessen um 40 Prozent bis zum Jahr 2025 im Vergleich zum Referenzjahr 1990 reduzieren und uns als nächste Etappe 55 Prozent bis 2030 setzen.

Klimaschutzpolitik wirkt dann nachhaltig, wenn alle Beteiligten mitziehen und mitgenommen werden. Die wirtschaftlichen Chancen einer guten Klimaschutzpolitik sind enorm. Um unser Ziel zu erreichen, müssen wir die Umsetzungserfolge aber kontinuierlich kontrollieren und dort nachsteuern, wo es nötig ist. Gemeinsam mit Expert*innen, Kommunen, Umweltverbänden, Unternehmen, der Zivilgesellschaft und vielen anderen wollen wir den Klimaschutzplan 2025 daher weiterentwickeln. Für die Transformation unserer Energiesysteme und einen nachhaltigen Klimaschutz sind hohe Investitionen nötig, die sich volkswirtschaftlich gleichzeitig mehr als rechnen. Von Landesseite wollen wir weiterhin die notwendigen Fördermittel und günstige langfristige Darlehen zur Verfügung stellen und die Investitionen und Geldanlagen des Landes klar auf die Erreichung der Klimaschutzziele ausrichten.

Ganzheitliche Energiepolitik

Nach vielen Auseinandersetzungen und langem Kampf wurde das Atomkraftwerk Biblis 2011 abgeschaltet. Der Rückbau schreitet voran. Seit unserer Regierungsbeteiligung haben wir uns mit viel Engagement und Ausdauer auf den Weg gemacht, der Energiewende Tempo zu geben und sie als ganzheitliches Konzept voranzubringen. Und wir haben Erfolg: Beim Zubau der Windkraft stieg Hessen im Jahr 2017 vom Schlusslicht auf den sechsten Platz der Bundesländer auf – über 1.000 Windräder sind mittlerweile in Hessen am Netz. Für die Förderung von mehr Solaranlagen auf den Dächern haben wir ein landesweites Solarkataster eingerichtet. Der Risikotechnologie Fracking haben wir in Hessen mit den Mitteln der Regionalplanung einen Riegel vorgeschoben und uns für ein echtes Verbot auf Bundesebene stark gemacht. Zudem haben wir für Unternehmen eine Beratungsoffensive in Sachen Energieeffizienz gestartet und viel Fördergeld bereitgestellt, um Mietwohnungen energetisch zu sanieren oder bei der Stadtgestaltung Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung anzupacken. Der Austausch konventioneller Straßenlampen durch LED-Technologie wurde beschleunigt. Unsere langjährige Forderung nach Gründung einer Landesenergieagentur zur Unterstützung der Energiewende für Kommunen, Genossenschaften und die Wirtschaft haben wir erfüllt. Energiegenossenschaften wurden gestärkt und die Weichen für eine dezentrale Energiewende gestellt.

Mit der Richtung sind wir zufrieden, aber noch nicht mit dem Tempo. Deswegen haben wir noch viel vor. Konkret wollen wir:

- **Den weiteren dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien:** Der weitere dezentrale Ausbau der Erneuerbaren Energien in Hessen ist Garant für regionale Wertschöpfung und reduziert den weiteren Ausbaubedarf großer Übertragungsnetze. Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir dabei auf die Stärkung von Genossenschaften und echten Bürgerenergiegesellschaften legen. Wir GRÜNE setzen uns weiter dafür ein, dass die regionale Verankerung und das bürgerschaftliche Engagement eine besondere Gewichtung zum Beispiel bei der Flächenvergabe einnehmen. Die Partizipation der Kommunen an der Energiewende wollen wir weiter stärken. Auf Bundesebene wollen wir beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz die Rücknahme des unnötigen Deckels beim Ausbau der Erneuerbaren Energien erreichen sowie die Vergütung der Standorte für Windkraftanlagen in Mittelgebirgslagen

verbessern. Genossenschaften, echte Bürgerenergiegesellschaften und kleinere regionale Unternehmen, die für mehr Akzeptanz bei der Energiewende sorgen, wollen wir bei der Ausschreibungspraxis wieder stärken. Die Verteilnetze wollen wir entsprechend der Empfehlungen der Verteilnetzstudie aufrüsten und mittels der Potenziale der Digitalisierung zur intelligenten Steuerung nutzen. Naturschutz und Klimaschutz wollen wir nicht gegeneinander ausspielen, sondern treten für gute Lösungen für beide Seiten ein, die sich am Ende gegenseitig bedingen. Denn es ist klar, nur mit Klimaschutz gibt es nachhaltigen Naturschutz. Und Klimaschutz gibt es nur mit der Energiewende. Gleichzeitig muss im Einzelfall genau geprüft und abgewogen werden. Denn natürlich sind auch Windräder ein Eingriff in die Natur. Sie können nur dort genehmigt werden, wo die Belange des Naturschutzes diesem nicht entgegenstehen. Wir treten bei den Genehmigungsverfahren dafür ein, dass schon im Vorfeld durch lebensraumverbessernde Maßnahmen die Gefährdungen für windkraftsensible Arten reduziert oder aufgefangen werden. Solche vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen im räumlichen Zusammenhang können dazu beitragen, dass die Funktion des Ökosystems im Sinne des Artenschutzes weiterhin erfüllt wird. Denn die Hauptgefahr für bedrohte Vögel und andere Arten sind nicht primär die Windräder, sondern weitreichendere Eingriffe in das Ökosystem wie die Folgen aus dem sich verstärkenden Klimawandel und eine industrielle Landwirtschaft. Diese Zusammenhänge müssen stärker in den Blick genommen werden, um angemessene Lösungen für den Artenschutz zu finden. Hierzu wollen wir Pilotprojekte initiieren und evaluieren. Die Potenziale für Wasserkraft sind in Hessen zwar weit geringer als von Wind und Sonne. Es gilt dennoch, diese Quelle beständiger Erneuerbarer Energie weiter zu fördern und gleichzeitig die Durchlässigkeit von Gewässern zu wahren. Nach dem Jahr 2019 sind durch das Auslaufen der Förderung von den ersten Anlagen für Erneuerbare Energien ab dem Jahr 1990 und den gleichzeitig veränderten Rahmenbedingungen der Förderung von Erneuerbaren Energien besondere Herausforderungen anzugehen. Wir wollen nicht, dass uns schlagartig diese Anlagen, die technisch noch viele weitere Jahre geeignet sind, sauberen Strom zu produzieren, wegfallen. Wir wollen Repowering an den Standorten, wo es möglich ist, unterstützen und bestehende Hürden überprüfen. Gerade die Chance für den Ausbau der Elektromobilität, die sich durch das Herausfallen der ersten Solaranlagen aus der EEG-Förderung bietet, wollen wir positiv begleiten.

- **Unterstützung des Kohleausstiegs und von Green Finance:** Kohlekraftwerke sind echte Klimakiller. Dringend notwendig ist auf Bundesebene ein verbindlicher Plan zum Kohleausstieg und zum direkten Abschalten der ältesten Kohlekraftwerke in Deutschland. Außerdem brauchen wir eine Veränderung des Energiemarktes in Deutschland durch eine nationale CO₂-Abgabe sowie eine beherrzte Reform des Emissionshandels auf europäischer Ebene. Die Risikotechnologie der unkonventionellen Erdgassuche (Fracking) in Hessen wollen wir weiter innerhalb unserer Einflussmöglichkeiten verhindern. Auch wenn auf Landesebene der Kohleausstieg und die Frage der Zukunft von Kohlekraftwerken wie z.B. Staudinger nicht entschieden werden, setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für den Ausstieg ein. Mit einer Divestment-Strategie wollen wir uns von Aktien, Anleihen und Investmentfonds klimaschädlicher Unternehmen bzw. klimaschädlicher Energien trennen. Hierzu sollen die Anlagekriterien des Landes für die Versorgungsrücklage mit klaren Vorgaben zur Dekarbonisierung erweitert werden. Außerdem soll der „Corporate Governance Codex“ für Landesbeteiligungen, der Grundsätze guter Unternehmensführung für Unternehmen mit Landesbeteiligung definiert, weiterentwickelt werden. Kommunen wollen wir dabei beraten, eigene Divestment-Strategien zu erarbeiten. Daneben möchten wir über die relevanten Aufsichtsorgane dazu beitragen, die Geschäftspolitik und Anreizsysteme dieser Unternehmen noch stärker nach ökologischen Gesichtspunkten auszurichten. Das entstandene „Green Finance Cluster Frankfurt“ soll zum „Green Finance Hub“ ausgebaut werden. Dabei geht es nicht nur um nachhaltige Geldanlagen aus öffentlichen Mitteln, sondern auch darum, private Investoren zu motivieren, in die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu investieren. Außerdem wollen wir Nachhaltigkeitsanleihen (Green Bonds) für Hessen auf den Weg bringen.
- **Wir wollen die Wärmewende:** Hessen soll zum Land der Energieeffizienz werden. Wir wollen eine hessische Gebäudestrategie, die die Sanierungsrate deutlich erhöht. Dabei sollen nachhaltige Materialien besonders gefördert und der Anteil Erneuerbarer Energien für die Wärmeerzeugung deutlich gesteigert werden. Energetische Modernisierung soll sich lohnen, ob für die eigenen vier Wände oder als Vermieter. Daher fordern wir, dass endlich der Steuerbonus für energetische Sanierungen auf Bundesebene realisiert wird. Die landeseigenen Gebäude und Liegenschaften werden wir auf das für die Klimaschutzziele notwendige Niveau weiter energetisch sanieren. Die Landesverwaltung soll bis 2030 klimaneutral werden. Dazu bedarf es großer Anstrengungen und der

Unterstützung aller Beteiligten. Über Anreizsysteme sollen Ideen zur schnellen Umsetzung wirtschaftlich lohnender Maßnahmen und ganzheitliche, kluge Konzepte gefördert werden. Wir wollen Solarenergie zur Wärmeerzeugung sowie verstärkte Eigenstromerzeugung auf den Landesliegenschaften deutlich ausbauen. Bei der Finanzierung wollen wir Bürgerbeteiligungen und Nachhaltigkeitsanleihen nutzen. Bei der Wohnraumförderung unterstützt Hessen bereits den Bau besonders energiesparender Wohnungen durch bessere Förderbedingungen. Diese besondere Unterstützung für energetisch besonders hohe Standards soll künftig eine noch stärkere Gewichtung bekommen. Im Denkmalschutzgesetz und im Baugesetz wollen wir die Nutzung Erneuerbarer Energien wie Solarthermie und die klimaschonende Bauweise mit Holz fördern. So wie Kommunen mit ihren Flächen klug planen und steuern können, wollen wir es auch für die Wärmeversorgung gemeinsam mit den Städten und Gemeinden angehen. Wie bei einem Flächennutzungsplan wollen wir bei der kommunalen Wärmeplanung eine Steuerungsmöglichkeit über sogenannte Wärmeatlanten ermöglichen. Fernwärme aus vorwiegend Erneuerbaren Energien ist insbesondere in dicht besiedelten Gebieten eine effiziente Option für die Wärmeversorgung. Wir sehen für diese Technologie neben den ohnehin ungenutzten Abwärmequellen auch Solarthermie als interessante Zukunftsperspektive.

- **Eine Roadmap Energiewende:** Die Erneuerbaren Energien sind mittlerweile ein etablierter Bestandteil der Energieversorgung. Mit der weiteren Förderung des Ausbaus und der Steigerung der Energieeffizienz braucht es jetzt einen Gesamtplan, damit die einzelnen Puzzlesteine zu einer ganzheitlichen Energiewende werden. Fahrzeuge fahren in Zukunft mit Strom oder mit ökologisch erzeugtem Wasserstoff, und Fernwärme kann sich nicht nur aus Abwärme, sondern über solarthermische Großanlagen auch aus Sonnenenergie speisen. Wir wollen mit der Roadmap Energiewende die Entwicklungsschritte für die Bereiche Strom, Wärme und Verkehr koordinieren. Denn Energieeffizienz, Netzausbau, Speichertechnologien, Ladeinfrastruktur und der dezentrale Ausbau Erneuerbarer Energien müssen jeweils in ihrer Entwicklung zusammenpassen. Modellregionen wie Kassel oder Großstädte wie Frankfurt, die mit beispielhaften Anwendungen und Strategien zeigen wollen, wie eine vollständig auf Erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung in den nächsten Jahren funktionieren kann, wollen wir unterstützen.

- **Den Energiemarkt der Zukunft gestalten:** Strom- und Wärmeversorgung sowie Verkehr werden in Zukunft immer stärker gemeinsam betrachtet. Durch mehr Energie aus erneuerbaren Quellen greifen sie auch immer stärker ineinander – bei der Elektromobilität, bei der Brennstoffzellentechnik oder beim Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung und Power-to-Heat. Weil Deutschland mit der Biomasseproduktion an die Nachhaltigkeitsgrenzen kommt, werden wir insbesondere an der stärkeren Elektrifizierung im Verkehr arbeiten, sekundär auch im Bereich der Wärme. Mit einem höheren Anteil Erneuerbarer Energien und zunehmender Dezentralisierung muss sich der Energiemarkt verändern. Wir müssen die klimaschädliche und schwerfällige Kohleenergie hinter uns lassen und mit flexiblen Gaskraftwerken, intelligentem Netzausbau, Speichertechnologien und Lastmanagement insbesondere bei Großverbrauchern und Industrie arbeiten. Die lokalen Energieversorger unterstützen wir beim Umbau der ursprünglich hierarchischen Versorgungsstruktur in eine vernetzte zelluläre Struktur mit vielen Energieerzeugern, sei es der regionale Windpark oder die PV-Anlagen auf den Dächern. Die Digitalisierung bietet dafür auch im Bereich der Energiewende große Chancen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass der Energiemarkt stärker zu einem Flexibilitätsmarkt weiterentwickelt wird und klimaschädliche fossile Energien über eine Steuerung des CO₂-Preises nicht weiter bevorteilt werden. Auf Landesebene wollen wir mit Forschungsförderung und Pilotprojekten diese Entwicklung weiter fördern. Dabei liegt unser Fokus auf den hessischen Stärken: Energieeffizienz, Systemintegration und Digitalisierung im Sinne einer intelligenten Steuerung von Erzeugung und Verbrauch. Wir werden auch hier Datenschutz und Verbrauchersouveränität achten.
- **Klimaschutz von unten stärken:** Mit den „Klima-Kommunen“ haben wir ein Erfolgsmodell für den Klimaschutz von unten geschaffen. Über ein Drittel aller hessischen Kommunen machen mit und bekennen sich zu anspruchsvollen Klimaschutzzielen. Wir wollen die Vernetzung der Kommunen weiter stärken sowie vorbildliche und innovative kommunale Konzepte in Bezug auf Klimaneutralität und Sektorenkopplung fördern. Außerdem wollen wir Kommunen noch stärker darin unterstützen, kommunale CO₂-Bilanzen, Divestment-Strategien sowie Klimaschutzpläne zu erstellen und umzusetzen. Für Stadtgestaltung und Infrastrukturmaßnahmen, die dem Klimaschutz und der Klimaanpassung dienen, braucht es gerade für Kommunen die Möglichkeit zu investieren. Wenn sich Investitionen mittelfristig lohnen, sollen Maßnahmen wegen klammer Kassen nicht als erstes dem

Rotstift zum Opfer fallen. Wir wollen erreichen, dass Klimaschutz künftig zu den grundlegenden Aufgaben der Kommune zählt, und hierfür Möglichkeiten innerhalb der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs finden. Zusätzlich helfen langfristige Darlehen und Vereinfachungen der Fördervergabe. Die Landesenergieagentur als zentrale Förder- und Beratungsstelle des Landes für Klimaschutz und Energiewende soll gestärkt werden und ihre Dienstleistungen regional breiter aufgestellt werden. Auch die Gemeinwohlökonomien, Genossenschaften, Menschen mit Erfindergeist wie in Sharing-Konzepten, Repair-Cafés oder Food-Coops sollen gefördert werden. Über Gemeinwohl- und Ökobilanzen können die Umweltauswirkungen und Folgen für das Gemeinwohl systematisch analysiert werden, von der Rohstoffgewinnung über die Herstellung und Nutzung bis zur Entsorgung. Solche Öko- und Gemeinwohlbilanzen wollen wir fördern, sodass Unternehmen ihre Wertschöpfung transparent und umfassend darlegen und als Vorbilder für eine nachhaltige Wirtschaftsweise dienen können.

Agrarwende in Hessen weiter vorantreiben

Gutes und leckeres Essen gehört zur Lebensqualität. Das sehen die meisten Menschen in Hessen so. Sie wollen nicht nur satt werden, sondern achten immer stärker darauf, wo ihre Lebensmittel herkommen und wie sie hergestellt wurden. Die hessische Landwirtschaft ist sehr vielfältig und relativ kleinräumig strukturiert. Aber auch in Hessen setzt sich der Trend des Höfesterbens und der wachsenden verbliebenen Betriebe fort.

Die Landwirtschaft soll uns aber nicht nur satt machen. Sie soll auch so stattfinden, dass sie die biologische Vielfalt erhält, das Klima und den Boden schützt und den Wasserhaushalt nachhaltig sichert. Vor unserer Regierungsbeteiligung gab es keinen verlässlichen Rahmen für Landwirte, die ökologisch wirtschaften wollen. In Regierungsverantwortung haben wir entscheidende Schritte für mehr Ökolandbau, mehr Tierwohl in der Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung umgesetzt. In Hessen sind wir mit 13,5 Prozent der Fläche, die ökologisch bewirtschaftet wird, an der Spitze der Länder. Wir haben die Richtung der Landwirtschaftspolitik geändert, aber es gibt noch viel zu tun. Wir wollen den eingeschlagenen Weg fortführen und die Förderung einer nachhaltigen und am Tierwohl orientierten Landwirtschaft

Die nächste Stufe Hessen.

**Das Programm der
Freien Demokraten
Hessen zur
Landtagswahl 2018**

**Freie
Demokraten**

Hessen **FDP**

Die weitere Verschärfung von EU-Richtlinien für den Kraftstoffverbrauch von Fahrzeugen lehnen wir ab. Schon mit den ab 2020 geltenden Grenzwerten setzt die EU die weltweit strengsten Maßstäbe. Eine Zwangselektrifizierung durch die Hintertür darf es nicht geben.

Mit der Wiederbelebung der „Industrieplatz-Initiative Hessen“ wollen wir die Interessen und Anliegen des verarbeitenden Gewerbes stärken, das überproportional für Wertschöpfung, Innovationen und gute Einkommen in Hessen sorgt. Um die wirtschaftlich-industrielle Basis unseres Landes zu sichern, müssen wir auch zukünftig neue Flächen in Anspruch nehmen, um hier Gewerbe und Industriebetriebe ansiedeln zu können. Auch der Ausbau bestehender Standorte muss im Sinne einer positiven Entwicklung der Unternehmen und Arbeitsplätze sichergestellt werden.

Einzelhandel und Sonntagsöffnung

Während Online-Shops rund um die Uhr geöffnet haben, verbieten strenge Ladenöffnungsgesetze dem örtlichen Einzelhandel zu attraktiven Zeiten zu öffnen. Unklare Regelungen im Hessischen Ladenöffnungsgesetz haben zur Absage vieler örtlicher verkaufsoffener Sonntage geführt. Wir wollen das Gesetz so ändern, dass die zulässige Zahl von vier verkaufsoffenen Sonntagen rechtssicher ausgeschöpft werden kann, und dazu den sogenannten Anlassbezug im Gesetz streichen. So haben Kunden und Händler Klarheit. Der Einzelhandel in den Innenstädten wird gestärkt.

Tourismuswirtschaft und Gaststättenrecht

Wir wollen die Förderung touristischer Destinationen kundenorientiert aufstellen und deshalb länderübergreifende Regionen auch in Kooperation mit unseren Nachbarn nach vorne bringen. Wir stehen und arbeiten seit Jahren für einen zielgerichteten Ausbau der Tourismuswirtschaft in Hessen. Dazu gehört neben der Herstellung einer optimalen Außenwirkung ebenso eine Vernetzung aller beteiligten Akteure und unserer hessischen Premium-Produkte.

Gerade in ländlichen Regionen spielt der Tourismus als Wirtschaftsfaktor eine entscheidende Rolle. Der Erhalt der hessischen Gaststätten in ihrer Vielfalt liegt uns deshalb besonders am Herzen, weil sie gerade auf dem Land nicht nur zum Essen und Trinken einladen, sondern für den sozialen Austausch und Zusammenhalt wichtig sind. Wir machen uns dafür stark, das Hessische Gaststättenrecht so auszugestalten, dass Investitionen in die Gastronomie lohnen und Auflagen auf das Notwendigste reduziert werden. Wir wollen die positive Entwicklung des Tourismus in Hessen durch landesplanerische Maßnahmen unterstützen und verstärken. So sind z.B. bei touristischen Infrastrukturmaßnahmen die Belange des Tourismus gegenüber anderen Belangen stärker zu berücksichtigen; es darf z.B. keinen automatischen Vorrang des Ausbaus der Windenergieanlagen vor Tourismusinfrastrukturprojekten geben.

Energie und Klima: vernünftig, bezahlbar, bürgernah

Wir Freie Demokraten wollen einen Neustart in der Energiepolitik, um eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung in Hessen sicherzustellen. Der hessische Energiebericht zeigt, dass trotz Milliardensubventionen für erneuerbare Energien die CO₂-Emissionen steigen. Aufgrund der Fördersys-

tematik werden klimafreundliche Gaskraftwerke und Speicherkraftwerke durch Kohlekraftwerke ersetzt, die jedoch für die Versorgungssicherheit und Netzstabilität als grundlastfähige Energieerzeuger unverzichtbar sind. Auf absehbare Zeit ist eine Stromversorgung aus physikalischen Gründen nur im Rahmen eines Energiemixes darstellbar.

Die Stromkosten für die hessischen Verbraucher haben sich seit dem Jahr 2000 um mehr als das Doppelte (Haushalte) bzw. fast das Dreifache (Industrie) erhöht. Immer mehr Menschen, gerade mit geringen Einkommen, leiden unter den subventions- und abgabenbedingten Kostensteigerungen. In den energieintensiven Industrien droht ein Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung. Daher setzen wir uns für die Abschaffung des planwirtschaftlichen EEGs ein. Alle Energieerzeugungsformen sollen im Wettbewerb stehen und Verantwortung für die Energieversorgungssicherheit übernehmen. Der weitere subventionsgetriebene Ausbau fluktuierender Energieträger, insbesondere von Wind- und Solarkraft, macht angesichts fehlender Übertragungsnetze und mangels geeigneter Speichermöglichkeiten keinen Sinn. Hessen ist laut Bundesnetzagentur ein Netzengpassgebiet. Schon jetzt sind unsere Stromtrassen überlastet und besonders häufig von Netzeingriffen betroffen. Von dem laut Bundesbedarfsplangesetz notwendigen Ausbau fehlen noch 97 Prozent. Keines der acht durch Hessen führenden Ausbau- bzw. Neubaulinien ist bisher überhaupt genehmigt worden. Der Ausbau der hessischen Verteilnetze nimmt jährlich um mikroskopische 0,05 Prozent zu. Damit ist eine dezentrale Energieversorgung genauso wenig darstellbar wie ein flächendeckender Ausbau der E-Mobilität.

Obwohl erneuerbare Energien massiv gefördert werden, trägt die Windkraft nur 0,9 Prozent zum hessischen Primärenergieverbrauch bei. Deshalb ist die einseitige Ausrichtung der hessischen Energiepolitik auf den Windkraftausbau weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.

In allen hessischen Städten und Gemeinden, in denen Windkraftanlagen betrieben werden oder geplant sind, wächst der Widerstand der Bürger. Die Beteiligung der Menschen vor Ort muss deshalb wirksam sichergestellt werden. Wir lehnen die Errichtung hochsubventionierter Windkraftanlagen in den hessischen Wäldern und Kulturlandschaften ab, weil diese die Menschen massiv belasten, wertvolle Natur unnötig zerstören und insbesondere den Tourismus als wichtigen Wirtschaftszweig schwächen. Zum Schutz der Anwohner fordern wir deutlich größere Abstände, die mindestens der zehnfachen Höhe der Windkraftanlagen entsprechen (10H). Wir wollen über eine Bundesratsinitiative erreichen, dass die besondere baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen entfällt. Zur Sicherung der Rückbauverpflichtungen sollen Betreiber von Windkraftanlagen in einen Landessicherungsfonds einzahlen.

Statt die Energiepolitik auf die Stromerzeugung ideologisch zu verengen, wollen wir alle Energieverbraucher in den Blick nehmen. Zentrales Instrument des Klimaschutzes ist für uns der Europäische Emissionshandel (ETS). Der Emissionshandel ermöglicht, dass alle Branchen und Länder in den Klimaschutz einbezogen werden und einen fairen Anteil an den Kosten tragen. Damit wird Klimaschutz effektiver, günstiger und sozial gerechter. Der Emissionshandel bietet zudem größere Anreize, durch neue Technologie und Innovationen emissionsärmere Produktionsprozesse durchzusetzen, und zwar so, dass für jeden eingesetzten Euro die größte Menge an CO₂ eingespart werden kann.

Die Energieforschungsförderung in Hessen wurde in den letzten Jahren drastisch reduziert. Während im Jahr 2012 noch 12,6 Millionen Euro zur Verfügung standen, sank die Summe um über 60 Prozent auf 5,2 Millionen Euro unter einem grünen Energieminister. Die Zahl der hessischen Patente im Bereich erneuerbarer Energien ging ebenfalls um 60 Prozent zurück. Wir werden die Energieforschung wieder ausbauen und Anreize für Investitionen in private Energieforschung setzen. Potenzial sehen wir beispielsweise in der Erforschung und Entwicklung emissionsfreier Treibstoffe, denn der Verkehrssektor ist in Hessen mit Abstand der größte Energieverbraucher. CO₂-neutrale Treibstoffe hätten den großen Vorteil nicht nur Emissionen einzusparen, sondern sie können auch in allen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor, vom Kleinwagen bis zum LKW, zum Einsatz kommen. Die bestehende Infrastruktur (Tankstellen usw.) könnte weitergenutzt werden, was den Klimaschutz deutlich wirtschaftlicher macht. Außerdem ließen sich mit solchen Kraftstoffen die Emissionen im Bereich der Wärmeerzeugung massiv reduzieren, weil gerade in ländlichen Regionen Ölheizungen auf absehbare Zeit noch im Einsatz bleiben werden. Darüber hinaus setzen sich die hessischen Freien Demokraten für den Ausbau von Wasserkraftwerken ein. Hierbei können in Hessen insbesondere kleinformatige Wasserkraftwerke eingesetzt werden.

Auch Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologien wollen wir unterstützen. Vor allem im Ballungsraum, bei Zustell- und Kurzstrecken, sehen wir große Chancen. Elektromobilität ist dann klimafreundlich, wenn über den gesamten Zyklus der Fahrzeugproduktion und des Fahrens weniger Treibhausgase emittiert werden. Am Ende müssen aber die Verbraucher, nicht die Politik, entscheiden, welche Angebote für sie die richtigen sind. Da sind Kosten, Reichweiten, Praktikabilität im Alltag, Ladesäulenverfügbarkeit und Wiederverkaufswerte wichtige Dinge. Darüber hinaus forcieren wir die Erforschung innovativer alternativer Methoden der Energiegewinnung. In diesem Zusammenhang soll das Land Hessen im Besonderen seine Investitionen in die Entwicklung der Fusionsenergie intensivieren, die eine saubere und risikoärmere Möglichkeit der Energiegewinnung darstellt. Dabei muss außerdem sichergestellt werden, dass die Haftung ausschließlich durch die entsprechenden privatrechtlichen Energieversorger übernommen wird.

Wir lehnen einzelne staatliche Verbote und Sanktionen gegen bestimmte Technologien, insbesondere Verbrennungsmotoren, ab. In Hessen müssen auch zukünftig die Bürger zur Deckung ihres individuellen Mobilitätsbedarfs das zu nutzende Verkehrsmittel frei wählen können. Einschränkungen der individuellen Verkehrsmittelwahl lehnen wir ab.

Moderne Straßeninfrastruktur: Fahren statt Stauen

Viele Autofahrer sind genervt von den täglichen Staus auf Hessens Straßen. Auf hessischen Autobahnen und Bundesstraßen stehen täglich zehntausende Autos und LKWs Stoßstange an Stoßstange. Seit 2012 hat sich die Gesamtlänge der Staus in Hessen auf ca. 120.000 Kilometer jährlich verdoppelt. Mit einem weiteren Anstieg ist zu rechnen, wenn nicht umgesteuert wird. Der Investitionsstau auf hessischen Straßen besteht nicht nur gefühlt, sondern ist durch harte Fakten belegt. Im Jahr 2017 gingen die Investitionen in den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen gegenüber 2015 um rund 60 Millionen Euro zurück. Im letzten Jahr hat die Landesregierung sogar über 30 Millionen Euro freiwillig an Berlin zurückgegeben.

Bis 2030 will der Bund rund 8,2 Milliarden Euro in hessische Bundesfernstraßen investieren. Alle Prognosen gehen von einer weiteren starken Zunahme der Verkehre aus. Die Landesregierung will trotzdem 40 Prozent dieser Projekte nicht planen. Zu den auf Eis gelegten Maßnahmen gehört beispielsweise der Ausbau der stauanfälligen A3 und der A5 in Südhessen. Auch der dringend notwendige Ausbau der A661 zwischen Offenbach und Bad Homburg wird verhindert, genauso wie der Bau von 16 Ortsumgehungen an Bundesstraßen, die der Bund finanzieren will. Auch der Bau längst beschlossener Projekte, wie des Riederwald-Tunnels, wird immer wieder verschoben. Marode Autobahnbrücken wie die Bergshäuser Brücke der A44 bei Kassel werden auf Jahre zu Stauchaos auf stark frequentierten Abschnitten sorgen, wenn kein Umdenken einsetzt.

Den Grundsatz Erhalt vor Neubau wollen wir beenden. Neubauprojekte sind in Ballungs- und Wachstumsregionen dringend notwendig. Wenn der Verkehr zunimmt, neue Stadtteile entstehen, braucht es auch neue Verkehrswege. Insbesondere Ortsumgehungen sind gelebter Umwelt- und Anwohnerschutz.

Wir wollen den Stau zurückführen und dafür die Investitionen in die Straßen erhöhen. So sollen die Mittel für die Planung auf mindestens 90 Millionen Euro jährlich angehoben werden. Ein grundlegendes Problem sind ausufernde Planungszeiten. Wir werden gemeinsam mit der FDP-Bundestagsfraktion darauf drängen, das Planungsrecht generell grundlegend zu reformieren, da die bisherigen Versuche, die Verfahren zu beschleunigen, erfolglos waren. Die Bürgerbeteiligung in diesem Verfahren soll künftig durch den Vorhabenträger durchgeführt und verantwortet werden. Doppelprüfungen in unterschiedlichen Genehmigungsverfahren sind künftig auszuschließen.

Bei großen bedeutenden Infrastrukturplanungen ist zu prüfen, inwieweit parlamentarische Entscheidungen als Teil des Verwaltungsverfahrens den Entscheidungsprozess verkürzen, geeignet und rechtlich zulässig sind. Wir wollen stärker externe Planungsbüros einbeziehen und uns auf Bundesebene für eine Beschleunigung der Planungsverfahren einsetzen. Durch den Einsatz digitaler Planung können Bearbeitungszeiten erheblich verkürzt werden. Wir setzen uns außerdem für die Stärkung der Beteiligung von Bürgern in der frühen Planungsphase ein, um langwierige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden.

Um Stauzeiten zu verringern, werden wir mehr telematische Verkehrsleitsysteme einsetzen. Außerdem soll die Freigabe des Standstreifens bei erhöhtem Verkehrsaufkommen auf allen geeigneten Autobahnabschnitten ermöglicht werden. Oft sind Parkplätze und Raststätten überfüllt, weil LKW-Fahrer keine Stellflächen finden, um die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten einzuhalten. Deshalb wollen wir ein Ausbauprogramm für Parkplätze und Raststätten auf den Weg bringen und Rastanlagen mit Telematiksystemen ausstatten, so dass LKW-Fahrer frühzeitig erkennen, ob und wo Parkflächen zur Verfügung stehen. Damit erhöhen wir die Auslastung der verfügbaren Parkplätze und verbessern die Sicherheit auf den Autobahnen, wo sich heute oft LKWs bis auf die Fahrbahn stauen.

Auch das Baustellenmanagement muss deutlich verbessert werden, so dass Baustellen nur dann eingerichtet werden, wenn wirklich gebaut wird, und wenn gebaut wird, dann verstärkt in verkehrssarmen Zeiten. Die Arbeitszeiten des Baustellenpersonals sollen flexibilisiert werden (Mehrschichtsystem), um eine starke Verkürzung der Gesamtbauzeit zu erreichen.

Hessen. Aber sicher!

Wahlprogramm Landtagswahl Hessen 2018

LANDESVERBAND HESSEN



AfD



Elektrische Energie und Energieträger, die immer verfügbar sind sowie kostengünstig und umweltschonend bereitgestellt werden können, sind Grundlage einer modernen Industriegesellschaft. Für die dazu nötigen Randbedingungen muss im Rahmen der Marktwirtschaft der Staat sorgen.

10.1. Kein Grund für Alarmismus beim Klimawandel

Die Aussagen des Weltklimarats (der IPCC ist ein politisches Gremium), dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht sind, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben. Schon vor der Industrialisierung gab es Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die zugehörige CO₂-Konzentration der Luft erklären lassen. Auch die behauptete Häufung von Extremwettern wird durch meteorologische Daten nicht bestätigt. Der CO₂-Gehalt der Erdatmosphäre ist nur einer von vielen Faktoren des ständigen Klimawandels. Eine auf der Vermutung des menschengemachten Klimawandels aufbauende Politik durch die herrschenden Parteien führte in der Bundesrepublik Deutschland zu einer preistreibenden Energiepolitik. Wir fordern eine

ideologiefreie und sachorientierte Diskussionskultur zur Klima- und Energiepolitik.

10.2. Klimaschutzplan 2050 ist ein Luftschloss

Der Klimaschutzplan 2050, mit der einhergehenden Dekarbonisierung (d. h. weitgehender Verzicht auf die Verbrennung von fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle und Gas, die CO₂ freisetzen), ist die deutsche Umsetzung des Paris-Abkommens von 2015. Deutschland hat nur 0,1 % Anteil an dem CO₂, das vom Menschen und der Natur in die Luft abgegeben wird. Die Dekarbonisierung Deutschlands würde wenige tausendstel Grad geringere Erdtemperatur bedeuten. Der Klimaschutzplan 2050 ist daher ein aussichtsloses Unterfangen, das Klima auf der Erdenennenswert beeinflussen zu wollen, das aber gigantische Summen verschlingt.

Fossile Energieträger im Bereich Mobilität und Wärme weitgehend durch „Ökostrom“ ersetzen zu wollen (Dekarbonisierung durch Sektorkopplung), wird nicht nur an den Kosten scheitern, sondern auch an dem dann notwendigen mehr als 10-fachen Ausbau von Onshore-Windenergie-Anlagen.

AfD Wahlprogramm Landtagswahl Hessen 2018

10.3. Rückkehr zur Marktwirtschaft nötig

Der Staat hat sich darauf zu beschränken, den Wettbewerb auf dem Markt für Strom zu schützen und den Rahmen für eine ressourcenschonende Energiewirtschaft vorzugeben. Planwirtschaft, wie sie heute durch das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) betrieben wird, hat noch nie funktioniert. Zur Marktwirtschaft gehört weder die garantierte Abnahme eines Produkts (Vorranginspeisung) noch die Festsetzung des Preises für einen Teil der Marktteilnehmer. Die unbeabsichtigten Effekte dieser Planwirtschaft führen zu immer neuen EEG-Überarbeitungen.

Der Staat kann in allen Bereichen der Energieversorgung Forschung und Entwicklung unterstützen, aber er darf nicht die Stromerzeugung dauerhaft subventionieren. Eine Subventionierung über den Strompreis ist zu unterlassen. Subventionen sind allenfalls zeitlich begrenzt zum Anschlag einer neuen Technologie denkbar.

Für die Rückkehr zur Marktwirtschaft müssen das EEG sowie die Gesetze und Verordnungen im Wärmebereich, z. B. EnEV (Energieeinsparverordnung) und EEWärmeG (Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz), abgeschafft

werden. Sinnvolle Investitionen werden auch ohne Vorschriften getätigt.

10.4. Strompreise steigen immer weiter

Günstige Strompreise sind nicht nur für den Privatverbraucher, sondern auch für Gewerbetreibende und eine konkurrenzfähige Industrie von großer Bedeutung. Der mit dieser Energiewendepolitik produzierte sogenannte „Ökostrom“ hatte im Jahr 2015 einen Marktwert von 3,3 Mrd. Euro. Durch die Subventionen des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) kostete dieser Ökostrom die Verbraucher lt. Bundeswirtschaftsministerium 27,5 Mrd. Euro jährlich. Diese Subventionen belasten jeden Vierpersonenhaushalt bis 2025 mit 25.000 Euro. Damit findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Die volkswirtschaftlichen Mehrkosten der geplanten Energiewende allein im Strombereich werden bis 2050 zusammen mehrere Billionen Euro betragen, sollte sie denn bis zur vollständigen Dekarbonisierung fortgesetzt werden. Die Strompreise werden in Deutschland mit dem weiteren Zubau von Windenergie- und Solaranlagen weiter steigen.

10.5. Konventionelle Kraftwerke sind nicht ersetzbar

Um die zunehmende Volatilität (Schwankung) von Wind- und Sonnenstrom zu bewältigen, sind entweder große Stromspeicher oder konventionelle Kraftwerke nötig, die Strom liefern, wenn weder Wind weht noch die Sonne scheint. Speicher in der notwendigen Größe sind technisch nicht verfügbar, es wird sie auch in absehbarer Zukunft nicht geben. Es bleibt also nur, konventionelle Kraftwerke vorzuhalten, die im Notfall den gesamten Strom für Deutschland liefern können. Weiterhin würden durch die Stilllegung von konventionellen Kraftwerken Schwungmassen (Kurzzeitspeicher) aus dem Netz entfernt, was die Gefahr von Blackouts (großflächiger, anhaltender Stromausfall) gefährlich erhöht.

10.6. Industrie und Gewerbe brauchen eine sichere, kostengünstige Stromversorgung

Die energieintensiven Industrien nehmen eine Schlüsselposition ein, da sie die Stoffe für hochentwickelte Produkte liefern. Energieintensive Produktionsstätten bekommen auch in Hessen keinen günstigen und sicheren Strom.

Solche Unternehmen betreiben daher zum Teil ihre eigenen Kraftwerke. Eigene Kraftwerke auch deshalb, um die Unterbrechungsdauer bei Stromausfall zu minimieren. Bei hohem Kostendruck wandert diese Industrie ins Ausland ab.

10.7. UMSTEUERN IN DER ENERGIEPOLITIK DRINGEND GEBOTEN

10.7.1. Hessen ist kein Ökostromland

Das erforderliche Windangebot ist bei der überwiegenden Anzahl der Standorte in Hessen zu gering. Der massenhafte Zubau von Windenergieanlagen ist daher ohne erhebliche Subventionen nicht kostendeckend. Auch ist im Vergleich zu den Mittelmeerländern der Nutzungsgrad für die Stromproduktion über Photovoltaik niedrig.

10.7.2. Vorrangflächen für Windenergie

Nach dem Koalitionsvertrag sind 2 % der Fläche Hessens für Windenergieanlagen vorgesehen, die 28 TWh/a liefern

AfD Wahlprogramm Landtagswahl Hessen 2018

sollen. Diese 2 % entsprechen einer Fläche von 422 km². Mit einer solchen Fläche kann die Stilllegung eines Kraftwerksblocks von Biblis (1,3 GW) nicht kompensiert werden. Das Großkraftwerk Mannheim (Kohle) benötigt für 2,1 GW installierte Leistung (ca. 16 TWh/a) lediglich 0,25 km² Fläche, inkl. Kohlehalde. Dieses Beispiel verdeutlicht den fast 1.000-fachen Flächenverbrauch für Windenergie mit der Folge der Landschaftszerstörung und allen anderen bekannten, oft dargestellten Nachteilen.

Die Landesregierung bleibt weiterhin die Antwort schuldig, woher der Strom in Hessen kommen soll, wenn kein Wind weht. Für die AfD steht fest: Die technisch notwendigen konventionellen Kraftwerke müssen erhalten bleiben.

10.7.3. Der Unsinn mit „Klimaneutralität“

Auch Hessen will die Energieversorgung bis 2050 mit 90 bis 100 % aus „erneuerbaren“ Energien erreichen. Dazu wäre nach Einsparungen der große Rest für die Sektoren Mobilität und Wärme über eine erheblich erhöhte Stromproduktion zu ersetzen. Auch hier fehlt ein realistisches Konzept, wie dies umgesetzt werden könnte.

Die Mittel für die auf kommunaler Ebene eingerichteten Stellen für eine „klimaneutrale Stadt“ gehören abgeschafft und müssen sinnvoller verwendet werden.

10.7.4. Energiesparziele reines Wunschdenken

Die Landesregierung geht von unrealistischen Einsparungen aus. So ist lediglich 5 % Strom im Zeitbereich 2000 bis 2015 eingespart worden. Während durch Sanierungen Heizenergie eingespart wurde, wird diese Einsparung z. T. wieder durch mehr und größere Wohnungen kompensiert. Ähnlich ist es im Verkehr. Hier werden die Effizienzgewinne durch mehr Verkehr zunichte gemacht. Die hochgesteckten Einsparungsziele sind reines Wunschdenken.

Energieeinsparung ist grundsätzlich sinnvoll. Dies muss durch technologische Entwicklung und Nutzerverhalten aber ohne bevormundende Gesetze und Verordnungen passieren.

10.7.5. Smart Grid und Smart Meter

Die wetterabhängige Stromproduktion durch Wind und Sonne führt zu steigenden Problemen bei der Befriedigung der Stromnachfrage. Nun sollen „Intelligente Lösungen“ das Zusammenführen von Angebot und Nachfrage ermöglichen. Das sogenannte „Smart Grid“ (Digitalisierung des Stromnetzes) wird aber die Volatilitätsprobleme im Stromversorgungssystem nicht lösen, sodass kein Grund für die Einführung sogenannter „Smart Meter“ (intelligente Stromzähler) besteht.

10.7.6. Hessen braucht eine andere Energiepolitik

Aus all den aufgeführten Aspekten wird deutlich, dass Hessen eine andere Energiepolitik braucht.

Die AfD fordert daher:

- Die Landesregierung soll, im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Bundesrat und über andere Kanäle, die Bundesregierung zum Umsteuern in der Energiewendepolitik bewegen.
- Forschung im Bereich der Energieversorgung muss technologieoffen unterstützt werden.

Solange das EEG noch besteht,

- soll der Abstand der Windenergieanlagen zur Wohnbebauung mindestens das 10-fache der Gesamthöhe betragen (10-H-Regel).
- sollen keine Windenergieanlagen in Wäldern, Naturparks und Naturschutzgebieten genehmigt werden.
- sollen keine Genehmigungen von Windenergieanlagen gegen den Mehrheitswillen der betroffenen Bürger vorgenommen werden.
- darf es keine Genehmigungen von Windenergieanlagen in Wäldern nach § 35 BauGB (Baugesetzbuch, privilegierte Bauvorhaben) geben.

10.8. Elektroantrieb ist kein Ersatz für Verbrennungsmotoren

Derzeit ist der Elektroantrieb mit Batterie nur für Nischenanwendungen geeignet. Ersatz für die Verbrennungsmotoren ist er noch lange nicht. Zu viele ungelöste Probleme stehen der konsequenten Einführung der Elektromobilität im Weg (Reichweite, Ladedauer, Ladestellennetz, völlige Neuordnung der Netzinfrastruktur, 200 GW an gesicherter Erzeugerleistung, Ausfall der Mineralölsteuer, Verlust

AfD Wahlprogramm Landtagswahl Hessen 2018

einiger Hunderttausend Arbeitsplätze, erweitertes Netzspeicherproblem, Toxizität von Lithium u. a.). Folgerichtig darf auch hier keine ideologisch begründete Präferenz für eine Antriebsart vorgenommen werden.

Wer Fahrzeuge mit Elektroantrieb nutzen möchte (Privatperson oder öffentlicher Betreiber), kann dies tun. Der Staat kann nicht für die Bereitstellung der dafür notwendigen flächendeckenden Infrastruktur einspringen. Das heutige Tankstellennetz wurde auch nie öffentlich gefördert, sondern über den Benzinpreis finanziert. Die AfD begrüßt natürlich umweltfreundliche Antriebssysteme. Hieraus kann auch ein Konzept für den Nahverkehr in Städten (z. B. elektrische Linienbusse) entwickelt werden.

Es muss eine technologieoffene Zukunft der Antriebssysteme im Mobilitätssektor beibehalten werden. Eine einseitige, staatlich vorgeschriebene Zukunftslösung, wie batteriebetriebene Elektromobilität, ist falsch. Entsprechend ist eine erneute Subventionslawine abzulehnen.

Der Verbrennungsmotor als Antriebskonzept ist noch auf lange Zeit unverzichtbar und kann weiterentwickelt werden. Ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge würde Pendler

und Handwerker empfindlich treffen. Mit der AfD bleibt der Verbrennungsmotor.

Programm der CDU Hessen zur Landtagswahl 2018.



Damit Hessen **stark** bleibt.



Und das sind unsere Maßnahmen:

.... für die Energiepolitik

Nachhaltige Energieerzeugung

- Die **Energiewende ist eine Generationenaufgabe**. Die staatlichen Rahmenbedingungen für den Umbau unserer Energieinfrastruktur müssen die Ziele der Verlässlichkeit, der Bezahlbarkeit und des Umweltschutzes in einen guten Ausgleich bringen und eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für diesen Prozess sicherstellen.
- Der Weg der **Energiewende** muss grundsätzlich **technologieoffen**, mit möglichst wenigen Detailregelungen und auf Grundlage einer **europaweiten wirksamen Bepreisung von CO₂-Emissionen** begangen werden.
- Wir begrüßen den eingeleiteten grundlegenden **Umbau des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** und die Umstellung auf marktwirtschaftliche und technologieoffene Ansätze. Wir werden uns auf Bundesebene für ein Konzept einsetzen, das baldmöglichst die finanzielle EEG-Förderung für Neuanlagen aller regenerativen Energiequellen beendet. Die Detailregelungen müssen so ausgestaltet sein, dass ein angemessener Ausbau der erneuerbaren Energien dort stattfinden kann, wo dies effizient ist und wo Mensch und Natur am wenigsten beeinträchtigt wird. Die gesellschaftliche Akzeptanz ist uns dabei sehr wichtig.
- Wir setzen uns dafür ein, dass es auch künftig **sachgerechte Befreiungen für Industrie und energieintensive Unternehmen** von der EEG-Umlage gibt. Dabei sind die Belange des Mittelstandes besonders in den Blick zu nehmen. Dies halten wir im Sinne wettbewerblicher Standortbedingungen unserer Industrie für unabdingbar. Wir setzen uns auch für die **Reduzierung von EEG-Anteilen bei den Stromkosten für private Haushalte** ein.
- Die Hessische Landesregierung hat mit den Ergebnissen des Hessischen Energiegipfels 2011, dem mit Ausnahme der Linken alle Landtagsfraktionen zugestimmt haben, ein umfassendes und wegweisendes Energiekonzept für Hessen vorgelegt. Zwischenzeitlich haben sich viele technische, rechtliche und finanzielle Veränderungen zur Erzeugung und Nutzung alternativer Energien erheblich verändert. Dies gilt auch für die Errichtung und Nutzung von Windkraftanlagen. Wir werden deshalb beispielsweise Fragen des Naturschutzes, des Lärms und der Abstandsregelungen überprüfen. Dazu zählt zum Schutz der Menschen die Aufnahme der H10-Regelung als Abstand zur Wohnbebauung, um eine bessere Akzeptanz der Anlagen in den Kommunen vor Ort zu erreichen. Dies soll in einem **neuen Energiegipfel** fortgeschrieben werden.
- Wir werden, wie im Energiegipfel vereinbart, **2 Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete** ausweisen. Dies dient der Steuerung und vermeidet den Wildwuchs, weil dadurch 98 Prozent der Flächen verlässlich freigehalten werden. Wir erwarten, dass die Regionalversammlungen ihrer Verantwortung nachkommen, und einen gerechten Ausgleich der Interessen herbeiführen.
- Wir werden auch weiterhin **Windkraft im Wald** ermöglichen und hierzu auch Flächen im Eigentum des Landes bereitstellen. An den hieraus resultierenden Pachteinahmen wollen wir die Kommunen angemessen beteiligen. Die bisherige Regelung werden wir überarbeiten.
- Wir werden uns für eine Stärkung der bundesweiten Regelungen zur **Rückbauverpflichtung von Windkraftanlagen** einsetzen.

- Wir begrüßen, dass **genossenschaftliche Ansätze** und Vorhaben mit enger **Beteiligung der Bürger vor Ort** beim Ausbau der erneuerbaren Energien besonders berücksichtigt werden. Wir wollen solche Zusammenschlüsse unterstützen.
- Wir wollen die **Eigenstromerzeugung** und private Speicherlösungen voranbringen. **Mietstrom- und Contractingmodelle** wollen wir erleichtern.
- Das **Solarkataster** werden wir dauerhaft kostenfrei bereitstellen, um Bürgern die Entscheidung für eine Solaranlage zu erleichtern. Um landwirtschaftliche Flächen für die Nahrungsmittelproduktion zu erhalten, werden wir auch weiter keine großflächigen Solaranlagen zulassen.
- Wir setzen uns für eine behutsame Nutzung der **Wasserkraft** im Einklang mit der Wasserrahmenrichtlinie und dem Schutz der Fischfauna ein. Besonders die alten Mühlen wollen wir durch geeignete Maßnahmen (Beratung und Förderung) erhalten.
- Die **Biomassenutzung** ist eine wichtige Säule der nachhaltigen Energieversorgung und dient Landwirten als zusätzliche Einnahmequelle. Wir wollen, dass unsere Landwirte weiterhin Energie produzieren.

Sparsamer Umgang mit Energie

- Die **Reduzierung des Energieverbrauchs** bleibt auf allen Ebenen weiter im Fokus. Hierzu wollen wir technische Potenziale nutzen und die breite Umsetzung modernster Techniken und Verfahren unterstützen. Wir wollen dabei die Energieberatung von Bürgern und der kleinen und mittleren Unternehmen fortsetzen und insbesondere besser über vorhandene Fördermöglichkeiten informieren.
- Wir wollen das **Energiesparen auf dem privaten Wohnungsmarkt** durch finanzielle und steuerliche Anreize, etwa für energetische Sanierungen, fördern.
- Einen besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei der **Unterstützung von Rechenzentren** beim Energiesparen, deren Energiebedarf deutschlandweit der Erzeugungskapazität vier mittlerer Kohlekraftwerke entspricht.

Lösungen für Speicherung und Verteilung

- Wir bekennen uns zur Notwendigkeit des **Ausbaus der Stromleitungen auf allen Spannungsebenen**, um die Verlässlichkeit der Stromversorgung jederzeit sicher zu gewährleisten. Die Möglichkeit, Leitungen als Erdkabel zu verlegen, ist regelmäßig zu prüfen. Die vom Leitungsbau betroffenen Grundeigentümer sollen einen **angemessenen Ausgleich** erhalten.
- Wir setzen uns für eine **Optimierung des Bestandsnetzes** zur Sicherung der Netzstabilität ein. Gleichzeitig wollen wir für den Ausbau dezentraler Versorgungsstrukturen eintreten, da so in Teilen auf Netzneu- bzw. ausbau verzichtet werden kann.
- Wir setzen uns dafür ein, dass beim notwendigen **Ausbau der SuedLink-Leitung** die beste und effizienteste Variante gewählt wird. Wir unterstützen dabei die Einschätzung der zuständigen Bundesnetzagentur, wonach die durch Thüringen verlaufende Trasse die wirtschaftlich effizienteste und ökologisch verträglichste Ausbauvariante ist.

- Die Erprobung intelligenter Netze („**Smart Grids**“) auf regionaler und kommunaler Ebene werden wir weiter unterstützen und diese Technik weiter voranbringen. Gleichzeitig dürfen die Möglichkeiten des digitalen Lastmanagements nicht zu verbindlichen Einschränkungen der Stromverfügbarkeit für Privathaushalte oder Wirtschaftsbetriebe werden.
- Der Verbesserung von **Speicherkapazitäten** für Wind- und Sonnenstrom werden wir uns ebenso widmen wie der Batterieforschung, da beides bei der schwankenden Strombereitstellung aus erneuerbaren Energien für eine jederzeit sichere Stromversorgung von enormer Bedeutung ist.
- Die innovative **Power-to-Gas-Technologie** bietet die Möglichkeit, überschüssigen Strom aus Erneuerbaren-Anlagen in „grünes Gas“ umzuwandeln und so zu speichern. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, günstige Rahmenbedingungen für die Nutzung dieser Technologie zu schaffen. Diese Maßnahmen sollen unter wirtschaftlichen und wettbewerblichen Bedingungen umgesetzt werden.
- Einer geforderten **Sektorenkopplung** werden wir mit der Zusammenfassung des Strom-, Wärme- und Verkehrssektors unter einem energie- und wettbewerbspolitischen Leitprinzip folgen.
- Deutschland muss eine **einheitliche Strompreiszone** bleiben.